OID

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Nr. 74
Winter 2003/04

Photo: © WCC/Catherine Alt

Konrad Raiser beim Interview mit Henri Tincq/Le Monde

Kein Zurück in der Oekumene

Der scheidende Generalsekretär des Oekumenischen Rates der Kirchen (OeRK), Konrad Raiser, zog in einem Interview mit dem Le-Monde-Redakteur Henri Tincq Bilanz über seine Zeit im Dienst des OeRK.

Auf die Frage, ob es Fortschritte in der Oekumene gegeben habe, meint er: „Ich selbst bin fest davon überzeugt, kann es jedoch nur bedingt bestätigen. Erstens gibt es andere Personen, die in dieser Hinsicht skeptischer wären als ich. Zweitens können die von mir festgestellten Zeichen des Fortschritts nicht alle dem Wirken des Oekumenischen Rats der Kirchen zugeschrieben werden. Ein Beispiel dafür ist die Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung durch den Lutherischen Weltbund und der römisch-katholischen Kirche 1999 in Augsburg. Als Ergebnis eines langen Dialogprozesses erklärten sich dabei erstmals offizielle Vertreter des Vatikans bereit, eine Vereinbarung über Lehrfragen mit einem anderen Kirchenbund zu unterzeichnen.

Lutheraner und Katholiken fanden den Mut, gemeinsam auszusprechen, dass das, was sie während vier Jahrhunderten entzweit hatte, sie in Zukunft nicht mehr trennen sollte."

HERAUSGEBERKREIS:

- Stiftung Oekumene, Redaktionsadresse: Breitscheidstr. 92, 70176 Stuttgart Internet: www.ecunet.de in Verbindung mit
- Aktion Bundesschluß, c/o Karin Saarmann Christophstr. 35, 70180 Stuttgart
- Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden Blücherstr. 14, 53115 Bonn
- Christen für eine gerechte Wirtschaftsordnung, c/o Prof. Dr. Geitmann, Martin-Bucer-Str. 6 77694 Kehl
- Christlicher Friedensdienst, Rendelerstr. 9–11 60385 Frankfurt/Main
- Christliche Friedenskonferenz, c/o Dr. Ernst Uhl Landrat-Berthold-Str. 15, 28779 Bremen
- Oikocredit – DACHS e.V. Deutsche Förderkreise der Oekumenischen Entwicklungsgenossenschaft, Ebertplatz 12, 50668 Köln
- Eirene, Engerser Str. 74b, 56564 Neuwied
- Ev. Studentinnengemeinde (ESG), Berliner Str. 69, 13189 Berlin
- Initiative Kirche von unten (IKvu) Heerstr. 205, 53111 Bonn
- Ohne Rüstung leben (ORL), Arndtstr. 31 70197 Stuttgart
- Pax Christi, Feststr. 9, 61118 Bad Vilbel
- Versöhnungsbund, Schwarzer Weg 8 32423 Minden sowie per Adresse
- Laurentiuskonvent, 34474 Diemelstadt:
- Christliche Aktion Mensch-Umwelt
- Ökumenische Initiative EINE WELT (ÖIEW)
- Plädoyer für eine Ökumenische Zukunft

AUS DEM INHALT

An unsere Leser

Hoffnung auf „Oekumene der Menschen"

OeRK plant gemeinsames Forum mit Katholiken, Evangelikalen und Pfingstbewegung

Dialogreihe zwischen den Weltreligionen

Khatami für Dialog zwischen den Religionen

Anglikaner in der Zerreissprobe

Sudan: Zeichen der Hoffnung

Oekumenische Koalition für Alternativen zur Globalisierung: Für ein weltweites Forum für alternative Landwirtschaft

Lutheraner: Kein Verkauf von Kirchen an Moscheevereine

Aus Netzen und Gruppen

Mittelrhein: Ein Netz wird größer oder: Charta Oecumenica – vor Ort

Berlin-Brandenburg: Oekumene Preis 2004

Bayern: „Sicherheitskonferenz" und „Friedenskonferenz" in München

Württemberg: Teufelskreise verlassen, Globalisierung gestalten

Werkstatt Oekonomie „Oekumene und Oekonomie: Rechte statt Visionen?"

Attac: „Kein Europa der Konzerne und Generäle"

Neue Bündniskampagne: Gerechtigkeit Jetzt!

Weltgebetstag der Frauen am 5. März 2004

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Zeiten und Herausforderungen ändern sich. Das lässt sich auch auf Informationsarbeit beziehen. Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST differenziert sein Erscheinen ab der vorliegenden Ausgabe.

- *Die aktuelle Druckausgabe soll knapper werden.*
- *Dazu sollen Themenhefte in verschiedenen Kooperationen erscheinen.*
- *Für schnelle Informationsvermittlung wird die Internetseite www.ecunet.de verwendet.*

Als Gründe für die Änderungen sind zu nennen:

- *Das Internet spielt eine zunehmend größere Rolle.*
- *Ehrenamtliche Arbeit steht nicht mehr in ausreichendem Umfang zur Verfügung.*
- *Die mehrfarbige Druckausgabe lässt sich bei einer Beibehaltung des bisherigen Abonnementspreises nicht mehr ausreichend finanzieren.*

Wir hoffen auf Ihr Verständnis für den notwendigen Wandel.

Wir bedanken uns für Ihre Treue und Ihr Interesse am gemeinsamen Lernweg von Christen und Kirchen zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Bleiben Sie uns gewogen.

Ein gesegnetes und friedvolles Jahr 2004 wünscht Ihnen

Ihre Redaktion des OEKUMENISCHEN INFORMATIONSDIENSTES

Künftig mehr im Mittelpunkt: Interreligiöse Begegnung und Hoffnung auf die Oekumene der Menschen

Interreligiöse Begegnung ist eine der größten Herausforderungen für die Kirchen in den kommenden Jahren.

Darauf verweist Konrad Raiser in einem Abschiedsinterview als OeRK-Generalsekretär mit der oekumenischen Nachrichtenagentur ENI. „Das wird eine oekumenische Herausforderung, weil es von den Kirchen verlangt, ihr Verständnis vom Platz der Christenheit in einer religiös pluralen Welt neu zu überlegen“, zeigte sich Raiser gegenüber dem ENI-Redakteur Stephen Brown überzeugt. „Die bisherige Erwartung, der Traum, die Vision einer Hegemonie der Christenheit, mögen die oekumenische Bewegung früherer Generationen mit angespornt haben, jetzt sind sie an ein Ende gekommen“, lautet ein Fazit Raisers. Deshalb müsse die weltweite christliche Gemeinschaft, die Kirchen, ihren eigenen Standort neu bestimmen, schon wenn sie nur vermeiden wolle, eine Hauptursache für interreligiöse Probleme zu werden, statt zu deren Lösung beizutragen.

Spannungen zwischen den Religionen würden zum Teil verschärft durch einen Weg der Globalisierung, die auf dem Konzept eines potenziell unbegrenzten Marktes basieren und alle menschlichen Aktivitäten sowie Güter in handelbare Waren verwandelt.

„Als Antwort darauf“, so Raiser, „können wir in der Politik zunehmend ein abgrenzendes oder ausgrenzendes Verständnis der eigenen Identität beobachten, die sich auf sehr beschränkten Konzepten der eigenen ethnischen, nationalen oder kulturellen Basis definiert, um sich von einer ansonsten homogenisierten kollektiven Masse von Verbrauchern und Teilnehmern im Marktgeschehen zu unterscheiden.“

Dabei hält Raiser nichts davon, die Globalisierung in Bausch und Bogen zu verdammen. Er verweist auf den universalen Horizont der christlichen Botschaft. Der OeRK selbst arbeite sowohl für die Einheit der Kirchen wie auch für die Einheit der Menschheit.

Was die Aussichten der ökumenischen Bewegung anbelangt, so erkennt der frühere Generalsekretär einen Prozess der Transformation. Die traditionellen konfessionellen Trennungslinien zwischen den Kirchengemeinschaften würden laufend an Bedeutung verlieren. Aber an ihre Stelle träten neue Kontroversen, etwa zur Frage der Homosexualität, die in den vergangenen Monaten anglikanische Kirchengemeinschaft schwere Turbulenzen ausgelöst hat.

Mit Blick auf die durch ein patriarchales Gesellschafts- und Menschenverständnis erzeugten Spannungen befürchtet der frühere Generalsekretär, dass diese ein stärkeres Spaltungspotenzial bergen als viele der traditionellen Lehrunterschiede.

Diesen neuen Kontroversen dürften die Kirchen nicht ausweichen. „Es gibt hier kein Thema, das von einem weiteren Dialog ausgeklammert werden kann, ob es sich nun um Frauenordination, Homosexualität, Gentechnik oder Stammzellenforschung handelt oder was immer folgen mag.“

Es sei offensichtlich, dass sich einige Kirchen dem Dialog entziehen möchten, weil sie ihn als zu bedrängend oder bedrohlich empfinden. Doch Aufgabe des OeRK sei es, genau dort aktiv zu werden, wo die Probleme am schwierigsten sind. Raiser verweist darauf, dass sich der OeRK-Zentralausschuss nach längeren Vorarbeiten auf der kommenden Tagung des Zentralausschusses mit der Frage der menschlichen Sexualität befassen werde.

Zu den Beziehungen zur römisch-katholischen Kirche, die als Nichtmitgliedskirche gleichwohl in zwei Kommissionen des OeRK Vertreter entsendet, bemerkt Raiser, dass sich der Fortschritt in den Beziehungen in den vergangenen zehn Jahren verlangsamt habe. Die Hoffnung, dass der Weltkirchenrat und der Vatikan ein engeres Netz von Kooperationsbeziehungen knüpfen könnten, habe sich nicht erfüllt. Leider seien einige Verbindungen, die in der Folge des Zweiten Vatikanischen Konzils aufgebaut werden konnten, vom Vatikan wieder aufgegeben worden. Dennoch sieht Raiser Anzeichen dafür, dass Teile der Kurie in Rom an einer Wiederherstellung von Kontakten mit dem OeRK interessiert sind. Dazu gibt es Gespräche, eine neue Konfiguration für die oekumenische Bewegung zu finden, die ein erneuertes Zusammenwirken möglich machten.

Für die Zukunft erwartet Raiser mehr von der „oekumenischen Bewegung der Menschen“. Das Verharren in abstrakten oekumenischen Problemen, wo die Kirchenführer die Menschen nur noch bitten könnten, Geduld zu üben und zu beten, sei nicht länger befriedigend.

„Wir müssen irgendwie über die institutionalisierten Regelwerke der organisieren Oekumene hinauskommen, die zu schwer geworden sind und zu viel von unserer Energie kosten. Stattdessen müssen wir das Potenzial freisetzen helfen, das im Volk Gottes vorhanden ist.“

OeRK lädt römisch-katholische Kirche, Evangelikale und Pfingstbewegung zu gemeinsamem Forum ein

Zu einem Treffen verschiedener christlicher Kirchen und Organisationen mit der Zielsetzung besserer Zusammenarbeit hat der Weltkirchenrat aufgerufen. Eingeladen sind ausdrücklich die römisch-katholische Kirche,

Pfingstbewegung und Evangelikale. Der Aufruf ist Ergebnis einer Konsultation des OeRK von 36 kirchenleitenden Personen und Theologen, in Antelias, Libanon, vom 17.–20. November 2003.

Das Konsultationsergebnis – zusammengefasst unter dem Titel „From Antelias with Love" – lädt die großen christlichen Traditionen, die gegenwärtig nicht Mitglied im OeRK sind, zu einem gemeinsamen Treffen bis zum November 2004 ein, um ein neues Beziehungsnetzwerk zu diskutieren. Der OeRK wird dieses Treffen organisieren, die Beteiligung und Tagesordnung sei jedoch Sache der sich Beteiligenden.

Die Teilnehmenden in Antelias wurden daran erinnert, dass das Globale Christliche Forum, das nach der Vollversammlung 1998 in Harare eingerichtet worden war, einen fortlaufenden Prozess darstellt, der Vertreter/innen aller größeren christlichen Traditionen an einem Tisch versammelt und den Kreis insbesondere auf diejenigen ausdehnt, die bislang keine Gespräche miteinander geführt haben.

Im Bericht der Tagung heißt es:

• „wir müssen sicherstellen, dass unsere Strukturen flexibel sind und sich schnell an Veränderungen in der Welt anpassen können;
• wir müssen neue Methoden entwickeln und das Vertrauen der Kirchen neu stärken, um den Kräften der Globalisierung und des Hegemoniestrebens entgegenzutreten;
• wir müssen allen Kirchen, einschließlich derer, die nicht aktiv in konziliaren Einrichtungen mitarbeiten, die Möglichkeit zu effizienterer Zusammenarbeit geben;
• wir müssen sicherstellen, dass die oekumenischen Strukturen die Realitäten in Welt und Kirche widerspiegeln, indem wir weniger ‚eurozentrisch' werden und die Kirchen im Süden stärker berücksichtigen;
• wir müssen die Unzufriedenheit der Kirchen ernst nehmen, von denen erwartet wird, dass sie in vielen oekumenischen Einrichtungen auf vielen Ebenen mitarbeiten;
• wir müssen unsere Programme besser aufeinander abstimmen und Doppelungen bei unserer Arbeit vermeiden;
• wir müssen der Tatsache ins Gesicht sehen, dass wir auf einem ‚Marktplatz' arbeiten, der durch den Wettbewerb um Geld und Medienaufmerksamkeit, Hilfsprogramme und Partner geprägt wird;
• wir müssen den Beitrag der Hilfswerke als integralen Bestandteil der oekumenischen Arbeit bekräftigen und anerkennen, dass einige Hilfswerke enge Zusammenarbeit miteinander anstreben, um dem Konkurrenzdruck besser standhalten zu können und bei der Erfüllung ihrer Mandate wirksamer arbeiten zu können;
• wir müssen die oekumenische Bewegung an der Basis stärken und in den Gemeinden aktiv werden;
• wir müssen unsere gemeinsame Arbeit besser aufeinander abstimmen, indem wir uns unsere gegenseitige Verwundbarkeit eingestehen, unsere gegenseitige Rechenschaftspflicht stärken, nicht nur unsere eigenen Interessen vertreten und uns gegenseitig aufbauen."

Der OeRK will auch Kirchen über den Kreis seiner Vollmitglieder hinaus zur Diskussion über eine Neugestaltung der oekumenischen Bewegung einladen, zuerst die römisch-katholische Kirche, aber auch die Evangelikalen und die Pfingstkirchen. Über die Ergebnisse soll dem OeRK-Zentralausschuss berichtet werden.

Der Bericht „From Antelias with Love" findet sich in vollem Wortlaut unter:
www.wcc-coe.org/wcc/who/anteliasreport-g.html

Vorstellungen der „Jungen Oekumene"

Im Vorfeld der Tagung in Antelias zur Neugestaltung der oekumenischen Bewegung hatte sich bereits vom 14.–16. November 2003 eine 13-köpfige Gruppe junger Menschen getroffen. Sie stellte fest „Wir sind in einer Zeit zusammengekommen, in der die globalen Lebensbedingungen sich immer schneller verändern. Die Lage in der Welt ist geprägt durch gewalttätige Konflikte, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, wirtschaftliche Ungerechtigkeit, die HIV/Aids-Pandemie und Umweltzerstörung, um nur einige wenige Merkmale zu nennen. Im zerbrochenen Leben von Millionen von Menschen sehen wir das Leiden Christi und hören seinen Schrei nach Gerechtigkeit und Heilung. Und gleichzeitig wird der Ruf an die Christen lauter, sich stärker den Anliegen der Welt zuzuwenden und gemeinsam zu handeln.

Daher bekräftigen wir die Notwendigkeit, uns neu mit der Vision und der Ausrichtung der oekumenischen Bewegung auseinander zu setzen und über die gegenwärtigen Strukturen und Organisationsformen hinauszublicken. Das Wort ‚Bewegung' impliziert Dynamik, permanente Selbstprüfung und Wandel.

Obwohl die Zahl der jungen Menschen, die in der Kirche mitarbeiten und präsent sind, in den meisten Teilen der Welt abnimmt, engagieren sich nach wie vor viele junge Christen und Christinnen leidenschaftlich für die oekumenische Bewegung. Das gibt uns Hoffnung und Mut." Die Teilnehmer der Jugendkonferenz konstatierten, dass der Wunsch der jungen Generation, die gegenwärtigen Probleme der oikoumene zu lösen, sich immer stärker Ausdruck außerhalb der Kirchen und oekumenischen Organisationen verschafft. Dies stelle die Relevanz der oekumenischen Bewegung in Frage.

Sie schreiben: „Wir haben die Vision von einer neuen oekumenischen Bewegung, die durch ein neu gestärktes Engagement von Kirchen und oekumenischen Organisationen gekennzeichnet ist. Oekumenisch zu sein, gehört zum wahren Sein der Kirche und ist nicht nur eine Frage kirchlicher Außenbeziehungen. Ein neues Verständnis von der Rolle der oekumenischen Bewegung wird sich aus einem ‚neuen' Verständnis von der Sendung der Kirche als einer Gemeinschaft entwickeln, die alle einschließt und die sich für das Leben einsetzt – nicht nur für Christen, sondern für alle Kinder Gottes, für die Schöpfung, für die ganze oikoumene. Im 21. Jahrhundert werden wir es erleben, dass die Kirchen eucharistische Gemeinschaft miteinander teilen und gemeinsam für eine versöhnte und geheilte oikoumene in sichtbarer Einheit beten und eintreten. ...

Die oekumenische Bewegung ist aufgerufen, eine Alternative zur Globalisierung anzubieten. Kirchen und oekumenische Organisationen müssen oekumenisch denken und lokal handeln. Die Vision von einer ‚Oekumenisierung' im Gegensatz zur Globalisierung strebt eine globale Gemeinschaft an, die die Vielfalt ihrer Mitglieder achtet.

Die oekumenische Bewegung – als Bewegung, die tief in der Lebenswirklichkeit und den Traditionen unserer Kirchen und ökumenischen Organisationen verwurzelt ist – muss eine Bewegung aller Menschen und nicht nur einer kleinen Gruppe von ‚Oekumene-Begeisterten' sein. Das setzt voraus, dass oekumenische Themen zu einem regulären Bestandteil christlicher Bildungsarbeit werden ...

Im 21. Jahrhundert sind Kohärenz und Transparenz bei der Zusammenarbeit starker oekumenischer Gruppen und Einrichtungen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene vonnöten. Angesichts der Komplexität vieler Fragen, mit denen die Welt heute konfrontiert ist, muss die oekumenische Bewegung eine Verbindung zwischen der prophetischen Stimme der Kirche und den Stimmen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen, die für dieselben Ziele kämpfen, herstellen.

Wir haben die Vision, dass Kirchen in der oekumenischen Bewegung des 21. Jahrhunderts Menschen anderer Glaubensrichtungen als Teil des Haushalts Gottes ansehen. Der tägliche Dialog des Lebens bietet eine Grundlage für friedliche und konstruktive Beziehungen und Zusammenarbeit.

Unsere Empfehlungen für eine Neugestaltung der oekumenischen Bewegung:

Die Reflexion über eine Neugestaltung der oekumenischen Bewegung sollte auf allen Ebenen (global, regional, national und lokal) stattfinden und alle oekumenischen Einrichtungen und Organisationen einbeziehen. Sie sollte von der Lebenswirklichkeit der Menschen in der Kirche wie auch in der Gesellschaft ausgehen.

An diesem Prozess sollten Menschen aus unterschiedlichen Kontexten beteiligt werden. Dabei sollten Alter, Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, Zugehörigkeit zu indigenen Bevölkerungsgruppen, sexuelle Orientierung, Vielfalt der Kenntnisse und Erfahrungen eine Rolle spielen."

Die Erklärung der Jugendkonsultation findet sich unter:
www.wcc-coe.org/wcc/who/antelias-youth-g.html

OeRK startet dreijährige Dialogreihe zwischen den fünf Weltreligionen

Eine erste Tagung in einem dreijährigen Dialogprozess unter dem Motto „Von der Xenophobie zur Philoxenie“ hat Mitte Dezember Denker, Erzieher und Theologen buddhistischen, christlichen, hinduistischen, jüdischen und muslimischen Glaubens in St. Petersburg (Florida) zusammengebracht. Durch die Untersuchung von alten und neuen religiösen Definitionen, Texten und Traditionen werden die Teilnehmer spezifische Ansätze ausarbeiten, um lokale Gemeinschaften in einen interreligiösen Dialog einzubeziehen. Bis 2005 will die Gruppe für Ortsgemeinden Leitlinien für einen solchen Dialog zur Verfügung stellen.

Begegnung mit den Muslimen: „Lasst uns keine Angst voreinander haben“

Der Ausschuss „Islam in Europa“ der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und des Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) hat Ende November 2003 ein Arbeitspapier zum Thema „Wie können wir Muslimen begegnen?“ fertig gestellt. Der Ausschuss wurde 1987 von CCEE und KEK ins Leben gerufen, um die Kirchen Europas in der Beziehung zu ihren muslimischen Mitbürgern zu unterstützen und zu ermutigen.

In Verbindung mit der Charta Oecumenica soll das Dokument den Kirchen dabei helfen zu beurteilen, worum es bei der Begegnung zwischen Christen und Muslimen geht. In sechs Kapiteln widmet sich das Papier (1) der „Beschreibung der pluralistischen Gesellschaft“ im Licht der jüngsten Phänomene wie Migration, Säkularisierung und Globalisierung, untersucht (2) die verschiedenen Beiträge der Bibel, beschreibt (3) die Kirche als Zeichen und Sakrament des Bundes und der Geschwisterlichkeit, erinnert (4) an „Pioniere des Dialogs“, geht (5) auf verschiedene „Stufen für Begegnung und Dialog“ ein und würdigt schließlich (6) eine „positive Arbeit“ mit interreligiösen Ehepaaren.

Abschließend heißt es in dem Arbeitspapier: „Wenn wir weniger Furcht vor einander haben, werden wir große Dinge tun. Den Anderen näher kommen, wird nicht eine Sackgasse sein, in der man erdrückt wird, sondern eine breite Allee der Achtung des Anderen.“

„Christen und Muslime: Gemeinsam beten? Überlegungen und Texte“ ist ein weiteres Arbeitspapier des KEK-CCEE-Ausschusses Islam in Europa, das kürzlich veröffentlicht wurde. Im Zusammenleben von Christen und Muslimen ist immer wieder die Frage aufgetaucht, ob es dabei zum gemeinsamen Gebet kommen kann. Bei den Vorbereitungen zum Arbeitspapier ist im Ausschuss klar geworden, dass es hierzu in Europa sehr unterschiedliche Haltungen und Erfahrungen gibt. Es wurde deshalb entschieden, dieser Situation Rechnung zu tragen, um damit die ganze Bandbreite an Antworten und theologischen Denkweisen wiederzugeben, und alle Kirchen zu ermutigen, ihre eigenen Positionen zu entwickeln. Der Anhang des Arbeitspapiers enthält eine Sammlung von Modellen, Beispielen und Gebeten aus der christlichen und muslimischen Tradition.

Beide Dokumente stehen auf den Websites von KEK (www.cec-kek.org/Deutsch/MeetingMuslimsD.pdf) und CCEE (www.ccee.ch) zur Verfügung.

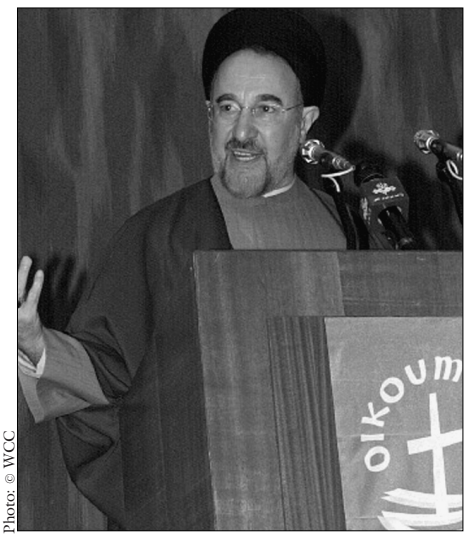

Photo: © WCC

Der iranische Präsident Khatami bei einer Diskussion im Oekumenischen Zentrum in Genf

Iran: Khatami für Dialog zwischen den Religionen

Der Dialog zwischen den Religionen sei eine notwendige Alternative zum Extremismus. Das erklärte der Präsident des Iran, Mohammad Khatami, bei einem Vortrag im Oekumenischen Zentrum in Genf am 11. Dezember 2003. In einer anschließenden Diskussion führte er außerdem aus, dass der Islam keine Rechtfertigung für den Gebrauch von Kernwaffen biete.

An der Veranstaltung nahm auch der norwegische Premierminister Bondevik teil.

Rom: Dalai Lama bei Johannes Paul II.

Am 27. November kam der Dalai Lama zu einem Gespräch mit Papst Johannes Paul II. über Fragen des Friedens zusammen. Mit diplomatischer Rücksicht auf China hat der Vatikan ebenso wie die italienische Regierung den Besuch des 68-jährigen Dalai Lama protokollarisch niedrig behandelt.

„Ich habe ihm von meiner Bewunderung über sein Eintreten für den Frieden und für die Harmonie zwischen den Religionen in der Welt berichtet“, sagte das geistliche und weltliche Oberhaupt der tibetischen Buddhisten nach der 20 Minuten langen Audienz. Vatikansprecher Joaquin Navarro-Valls betonte, es habe sich um einen „kurzen Höflichkeitsbesuch ausschließlich religiösen Inhalts" gehandelt. In der offiziellen vatikanischen Audienzliste taucht der Name des Dalai Lama nicht auf.

Neues Werkbuch: Gemeinsam Gottesdienst feiern

Gemeinsame evangelisch-katholische Gottesdienste sind in zahlreichen Gemeinden selbstverständlich geworden. Die gewachsene gemeinsame Glaubensüberzeugung findet so im Gottesdienst ihren Ausdruck.

Im Rahmen einer langjährigen Kooperation zwischen dem in Trier ansässigen Deutschen Liturgischen Institut der katholischen Kirche und dem Gottesdienst-Institut der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern mit Sitz in Nürnberg entstand daher der Plan, die Vielfalt oekumenischen Feierns in einem Buch zu zeigen und exemplarische Modelle anzubieten.

Das daraus entstandene Werkbuch „Oekumenische Gottesdienste“ bietet für verschiedene Anlässe Modelle und Materialien: Anregungen für Wort-Gottes-Feiern und Predigtgottesdienste, für Gedenkfeiern und Gottesdienste bei Katastrophen, für Gebets- und Meditationsgottesdienste, Dank-, Bitt- und Klageandachten, für Friedensgebete, Taizé-Gebete und Tagzeitengottesdienste.

Die Publikation geht ebenso auf grundsätzliche Fragen ein. Das Werkbuch weist auf Gemeinsamkeiten und Chancen hin, spricht aber auch Bedingungen für das gemeinsame Feiern an. Die Vorbemerkungen zu den einzelnen Formularen gehen darauf ein, wann und wie der jeweilige Gottesdienst in der katholischen und in der evangelischen Kirche gefeiert wird. So werden mögliche Missverständnisse bei unterschiedlichen Begriffen vermieden.

Im Vordergrund steht die Frage nach der Gottesdienstgestaltung. Der Übersichtlichkeit dient, dass im Werkbuch eine Unterscheidung in drei Strukturmodelle getroffen wird: in Wort-Gottes-Feiern beziehungsweise Predigtgottesdienste, in Gebets- und Meditationsgottesdienste („Andachten“) und Tagzeitengottesdienste.

Ihnen wird je ein spezifisches Verlaufsschema zugrunde gelegt. Bei jeder Feier wird das entsprechend adaptierte Strukturmodell angegeben. Aus den angeführten Texten und Gesängen – aus „Gotteslob“, Evangelischem Gesangbuch, dem schweizerischen Katholischen Gesangbuch und dem Evangelisch-reformierten Gesangbuch der Schweiz – kann ausgewählt werden.

Das Buch beschränkt sich auf oekumenische Gottesdienste für die ganze Gemeinde, ausgeklammert wurden spezielle Gottesdienste. Auch der Bereich der „Oekumenischen Segensfeiern“ fand keine Berücksichtigung, da bereits 1997 ein Buch mit diesem

Titel im Rahmen der Kooperation der Institute vorgelegt wurde.

Oekumenische Gottesdienste. Anlässe, Modelle und Hinweise für die Praxis.
Hrsg. vom Deutschen Liturgischen Institut (Trier) und vom Gottesdienst-Institut der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (Nürnberg). 184 S., Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 2003
Website Deutsches Liturgisches Institut (Trier): www.liturgie.de/aktuell20031111.html

Anglikaner in der Zerreißprobe

Die Bischofsweihe für den homosexuellen Priester Gene Robinson hat die anglikanische Kirche in eine tiefe Krise gestürzt. Vor allem anglikanische Kirchenführer in Afrika haben mit Unverständnis und heftiger Kritik auf die Weihe reagiert. In Nigeria, Kenia und Uganda ist die anglikanische Kirche stark verbreitet, doch in diesen Ländern ist Homosexualität ein Tabu und steht teilweise sogar unter Strafe.

Die russische orthodoxe Kirche hat aus Protest gegen die Wahl eines bekennenden Homosexuellen zum Bischof alle Kontakte mit der anglikanischen Episkopalkirche in den USA abgebrochen. Die christliche Kirche habe Homosexualität stets als schwere Sünde gewertet, heißt es in einer Erklärung des Moskauer Patriarchats vom Montag. Die entsprechenden Bibelstellen seien klar und unmissverständlich. Die „antichristliche“ und „gotteslästerliche“ Position der US-Anglikaner mache eine weitere Zusammenarbeit in allen Bereichen unmöglich, heißt es in dem Text weiter. Liberale Ansichten über die Homosexualität würden die Kirche in ihren Grundfesten erschüttern.

Sydneys anglikanischer Erzbischof Peter Jensen sieht seine Diözese nicht länger unter „spiritueller Führung“ des anglikanischen Primas. Die Erzdiözese Sydney werde zwar „formal“ in der anglikanischen Gemeinschaft bleiben und den Erzbischof von Canterbury, Rowan Williams, als deren Oberhaupt anerkennen. Die Erzdiözese werde sich von nun an jedoch Nigerias Erzbischof Peter Akinola „moralisch verbunden“ fühlen.

„Wir geraten jetzt noch mehr unter den Druck der Muslime“, sagte der anglikanische Bischof von Owweri in Nigeria, Siri Okorateka, in einem Interview mit der BBC. Mit 17,5 Millionen anglikanischen Gläubigen gehört Nigeria zu den Hochburgen der anglikanischen Kirche. In Nigeria gelten die Anglikaner als vehemente Gegner der Scharia, jetzt sehen sie ihre Front gegen die Scharia, das islamische Recht, durch die Vorgänge im US-Bundesstaat New Hampshire aufgeweicht.

Das Oberhaupt der anglikanischen Kirche, der Erzbischof von Canterbury, Rowan Williams, drückte sein „tiefes Bedauern“ aus. Das geistliche Oberhaupt von weltweit 77 Millionen Anglikanern gilt als Liberaler, ist aber darum bemüht, eine drohende Kirchenspaltung zu verhindern. „Es ist klar, dass diejenigen, die Gene Robinson geweiht haben, in guter Absicht gehandelt haben“, teilte er mit. Die Spannungen innerhalb der Kirche würden sich dadurch jedoch verstärken. Alle müssten jetzt hart daran arbeiten, dass der Konflikt nicht eskaliere. Der Vorsitzende der Gruppe Changing Attidude, Colin Coward, hingegen nannte die Bischofsweihe eine „neue Realität“. Sie schenke auch Zuversicht.

Botswana: Widerstand gegen Frau im Pfarramt

In Botswana führt das Vorhaben, einer Frau ein Pfarramt in der niederländisch-reformierten Kirche zu übertragen zu heftigem Zwist. Mehrfach musste die Polizei eingreifen bei Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern der Amtseinführung von Monnie Kgosiemang in der Gemeinde Mochudi, 60 km nördlich von Gaborone, der Landeshauptstadt.

Nachdem der bisherige Pfarrer in Ruhestand gegangen war, sollte jetzt erstmalig eine Frau das Amt übernehmen. Die Gegner dieses Vorhabens berufen sich auf eine Bestimmung in der Kirchenverfassung, wonach nur untadelige Männer als Kirchenälteste oder Diakone berufen werden können. Sie hätten im Prinzip nichts gegen die Ordination einer Frau, doch Monnie Kgosiemang sei alleinerziehende Mutter.

Die Generalversammlung der niederländisch-reformierten Kirche hatte 1994 geschlechtsspezifische Diskriminierungen ausgeschlossen. Die Frauenbeauftragte der örtlichen Kirche meint, es sei Zeit, dass Frauen leitende Positionen in Kirche und Gesellschaft übernehmen könnten. Botswanas Gesellschaft könne sich nicht so verhalten, als lebte sie noch im 18. Jahrhundert.

Sudan: Zeichen der Hoffnung

Nach Jahrzehnten der Gewalt scheint Friede im Sudan in greifbare Nähe gerückt, so hieß es am Rande einer International Affairs and Advocacy Week des OeRK in New York.

Ein Tag widmete sich dem Thema „Peace for Sudan“. In den Tiefenschichten des Konfliktes gehe es um eine Struktur, die bis in die britische Kolonialzeit zurück reiche: die Krise der nationalen Identität zwischen dem arabisch und muslimischen Norden und dem christlichen bzw. animistischen Süden. Sowohl die Briten, wie auch spätere Machthaber, nutzten die unterschiedlichen religiösen Identitäten im Land aus, und es bildete sich keine umfassende national-sudanesische Identität.

Die Verhandlungen, die heute im Gange sind zwischen den vielen Parteien im Lande, stünden an einer Wegscheide: Wird es gelingen, die unterschiedlichen Interessen neu zu fassen angesichts eines Landes, dass in seinen Grundfesten erschüttert ist? Hier komme gerade auf die Kirchen des Landes eine wichtige Aufgabe zu, Frieden zwischen Menschen zu initiieren, so Dr. Francis Deng von der John Hopkins Universität.

Die Woche selbst umfasste auch einen Tag zur Perspektive in Israel/Palästina, an dem u.a. der israelische Knessetabgeordnete Avram Burg teilnahm, der kürzlich mit einem Aufsehen erregenden Text auf das mögliche Ende des zionistischen Traumes hingewiesen hatte. Ihm antwortete Bischof Riah abu El-Assal (Episcopal Church in Jerusalem and the Middle East).

Das komplette Programm der „Advocacy Week“ findet sich unter: www.wcc-coe.org/wcc/press_corner/advocacyweek-prog.html

Sri Lanka: OeRK übt Solidarität

In einem Brief an die OeRK-Mitgliedskirchen und an den Nationalen Kirchenrat in Sri Lanka hat der Generalsekretär des Oekumenischen Rates der Kirchen, Raiser, die Solidarität des OeRK zugesichert. Die Kirchen hätten versucht, eine Politik der Konfrontation zu beenden, unter der das Land schon seit langem leide und die große Zerstörung gebracht habe. Er äußerte sich besorgt über die gegenwärtige politische Krise, die den zerbrechlichen Friedensprozess gefährde.

Zum Hintergrund: Seit mindestens 1983 herrscht in Sri Lanka Bürgerkrieg. 1983 fanden grausame Massaker an der tamilischen Bevölkerung durch singhalesische Mobs in der Hauptstadt Colombo und in anderen Teilen des Landes statt, mit anschließenden Gegenreaktionen von Seiten der tamilischen Guerilla. Doch schon seit der Unabhängigkeit 1948 gab es eine zunehmend diskriminierende Gesetzgebung der singhalesischen Regierung (ca. 75% der Bevölkerung Sri Lankas sind Singhalesen) gegenüber den Tamilen, die ca. 18% der Bevölkerung ausmachen, und es gab viel an Gewalt zwischen den Bevölkerungsgruppen.

Die Guerillagruppe LTTE (Liberation Tamil Tigers Eelam), die sich im tamilischen Widerstand als die stärkste Gruppe und als die Repräsentanten der tamilischen Bevölkerung durchgesetzt hat, kämpft für einen unabhängigen tamilischen Staat in Sri Lanka (Eelam).

Nach fast 20 Jahren blutigem Bürgerkrieg, in dem auf beiden Seiten Gräueltaten verübt wurden (mindestens 60 000 Tote und unzählige Flüchtlingen innerhalb Sri Lankas und im angrenzenden indischen Staat Tamil Nadu sowie westlichen Ländern), kam es 2001 zu einem Waffenstillstandsabkommen zwischen der Regierung und der LTTE, und im Februar 2002 zum so genannten „Memorandum of Understanding“ (MoU), das mit Hilfe norwegischer Vermittlung zustande kam. Es enthält die Regelung für die Zeit des Waffenstillstands als Grundlage für Verhandlungen, die zu einer endgültigen Lösung führen sollen. Dies wird zurzeit von

einer von skandinavischen Regierungen eingesetzten Gruppe von Beobachtern (SLMM) überwacht.

Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, so Raiser, „dass der im Februar 2002 geschlossene Waffenstillstand zwischen der Regierung und der LTTE hatte“. Er hoffe, dass die Präsidentin und der Premierminister ihre unterschiedlichen Positionen klären, um gemeinsam für Frieden und Versöhnung zu arbeiten und dadurch die Lebensqualität der Bevölkerung verbessern.

Europa: Erwähnung des Christentums in der Verfassung

Das Christentum ist nach Ansicht von Papst Johannes Paul II. der Hauptgarant für Frieden in Europa. Deshalb müsse es auch in einer EU-Verfassung entsprechend erwähnt werden. Christliche Werte seien eine Garantie für die Zukunft des europäischen Kontinents. Das Christentum stehe für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in Europa. Eine ausdrückliche Erwähnung der christlichen Wurzeln des Kontinents in der künftigen EU-Verfassung sei daher dringend notwendig. Mit einem solchen Schritt könne das Gemeinwohl sowohl für Gläubige als auch für Nichtgläubige geschützt werden.

Zur gleichen Zeit überreichte eine Delegation europäischer Parlamentarier dem italienischen Vizepremier Gianfranco Fini als dem Vertreter der derzeitigen italienischen EU-Ratspräsidentschaft 650 000 Unterschriften, die eine derartige Erwähnung des Christentums in der zukünftigen europäischen Verfassung fordern. Die Frage einer solchen Nennung wird allerdings in den verschiedenen Verfassungstraditionen des europäischen Kontinents sehr unterschiedlich beantwortet.

Große Besorgnis über Unterstützung des Europäischen Parlaments für verbrauchende Embryonenforschung

Mitte November hat sich das Europäische Parlament für die EU-Förderung der Forschung mit embryonalen Stammzellen und der Vernichtung von Embryonen zur Gewinnung neuer embryonaler Stammzellen unter dem 6. EU-Forschungsrahmenprogramm ausgesprochen. In einer Stellungnahme von Noel Treanor, Generalsekretär der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) heißt es dazu: „Wir sind durch den Vorschlag des Europäischen Parlaments zutiefst beunruhigt, EU-Förderung von Forschung zu erlauben, die die Vernichtung menschlicher Embryonen mit sich bringt. Der Vorschlag des Parlaments würde die von der Kommission vorgeschlagenen Leitlinien zur EU-Förderung mit embryonalen Stammzellen weiter lockern. Wie bereits ausgeführt, begegnet diese Forschung grundsätzlichen ethischen Bedenken.“

Der Vorschlag, der mit 291 zu 235 Stimmen bei zwölf Enthaltungen angenommen wurde, verzichtet auf die Bedingung im Kommissionsvorschlag, nach der nur solche Embryonen für die Gewinnung neuer Stammzellen benutzt (und vernichtet) werden können, die vor dem 27. Juni 2002 entstanden sind. Die Abschaffung dieses Stichtags für Embryonen würde die beunruhigende Möglichkeit eröffnen, dass zur Herstellung von mehr und mehr so genannten „überzähligen Embryonen“ indirekt Anreize geschaffen werden, weil für diese europäische Fördermittel zur Verfügung stünden.

Auch die Deutsche katholische Bischofskonferenz hat sich in einer Stellungnahme zum Votum des Europäischen Parlaments für Unterstützung der verbrauchenden Embryonenforschung gewandt, in der es u. a. heißt: „Wir appellieren an alle Mitglieder des Ministerrates, sich vorbehaltlos für den Lebensschutz menschlicher Embryonen einzusetzen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, nur einem Forschungsprogramm zuzustimmen, das künftig keine Forschung unterstützt, die die Tötung menschlicher Embryonen voraussetzt.“ Mit gleicher Intention wandten sich Anfang Dezember mit scharfen Worten auch Karl Kardinal Lehman und der neue Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Huber, an die Öffentlichkeit „Die Würde und das Lebensrecht des menschlichen Embryos, die ihm auch dann von Anfang an zukommen, wenn er außerhalb des Mutterleibs gezeugt wurde, werden damit bestimmten Forschungsinteressen untergeordnet und als weniger wert erachtet.“

Zwischen St. Andreas und St. Petrus

Eine Delegation aus dem Vatikan hat Ende November dem Oekumenischen Patriarchen Bartholomäus I. von Konstantinopel eine Botschaft von Johannes Paul II. überbracht. Seit der Aufhebung der im Jahre 1054 ausgesprochenen Anathemata im Jahre 1965 findet jedes Jahr zu den jeweiligen Patronatsfesten des Alten und Neuen Roms, also am 29. Juni (Sankt Peter und Paul) und am 30. November (St. Andreas), ein solcher geschwisterlicher Austausch von Delegationen statt. Dennoch haben Orthodoxe und Katholiken miteinander keine volle kirchliche und sakramentale Gemeinschaft erlangt.

Freundschaftsbesuch kam auch aus Genf an den Bosporus: Vom 29. November bis 3. Dezember 2003 stattete der scheidende Generalsekretär des Weltkirchenrates, Konrad Raiser, seinen letzten Auslandsbesuch dem Oekumenischen Patriarchen ab. Das Oberhaupt der Orthodoxie versicherte, auch weiterhin für die oekumenische Bewegung einzutreten und den Oekumenischen Rat der Kirchen zu unterstützen.

Oekumenische Koalition für Alternativen zur Globalisierung: Für ein weltweites Forum für alternative Landwirtschaft

Im Laufe eines von der Oekumenischen Koalition für Alternativen zur Globalisierung (ECAG) organisierten Seminars am 8./9. Dezember 2003 in Genf wurden Vorschläge für die Schaffung eines weltweiten Forums für alternative Landwirtschaft (GAAF) sowie ein Rahmenwerk für die erste Tagung dieses Forums ausgearbeitet.

20 Teilnehmende aus Afrika, Asien, Lateinamerika, der Karibik, dem pazifischen Raum, dem Nahen Osten, Nordamerika und Europa machten sich Gedanken über Methoden alternativer Landwirtschaft und fairen Handels für kleine, von der Globalisierung betroffene Bauernbetriebe in der ganzen Welt.

Zur ECAG gehören der OeRK, der Lutherische Weltbund, der Reformierte Weltbund, der Weltbund der CVJF, der Weltbund der CVJM, der Christliche Studentenweltbund, Pax Romana und das Programm für experimentelle Missionsarbeit.

Österreich: Kirchen veröffentlichen gemeinsames Sozialwort

Die Kirchen in Österreich haben sich für einen starken Sozialstaat ausgesprochen und Bedenken geäußert gegen Tendenzen, soziale Absicherung zunehmend dem Einzelnen oder privaten Institutionen zu überlassen. In einem Sozialwort des Oekumenischen Rates der Kirchen in Österreich (OeRKOe), das am 27. November 2003 in Wien (Österreich) vorgestellt wurde, heißt es, sozialstaatliche Einrichtungen, unter ihnen die Kranken- und Pensionsversicherungen, seien zwar immer wieder neu den gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen, ihre Finanzierbarkeit sei aber in hohem Masse „eine Frage des politischen Willens und einer vernünftigen Verteilung der Lasten“. Die 14 Kirchen treten daher unter anderem für die Beibehaltung eines umlagefinanzierten Pensionssystems ein, weil es wesentlich sicherer sei als private, vom Kapitalmarkt abhängige Versicherungssysteme. Dabei sei auch eine eigenständige Alterssicherung für Frauen vorzusehen.

In dem Sozialwort des OeRKOe nehmen die österreichischen Kirchen gemeinsam Stellung zu sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Die Veröffentlichung bringt einen vierjährigen Prozess zum Abschluss. Neben Fragen von Arbeit, Wirtschaft und sozialer Sicherheit widmet sich das gemeinsame Sozialdokument auch den Bereichen Friedenssicherung, Bildung, weltweite Gerechtigkeit, Verantwortung vor der Schöpfung, Ehe und Familie, Lebensschutz sowie der Gestaltung städtischer und ländlicher Lebensräume.

„Der Zugang zu sozialen Dienstleistungen und deren Qualität muss für alle, unabhängig von Einkommen und Herkunft, gesichert werden“, heißt es im Sozialwort. Trotz gut ausgebauter sozialer Netze gebe es in Österreich fast eine Million Menschen, die am Rande der Armut lebten oder arm seien. Man trete daher im Rahmen des für EU-Staaten verbindlichen Nationalen Aktionsplans zur Armutsbekämpfung (NAP) für eine Mindestsicherung für alle ein.

Die Kirchen verschließen sich nicht dem „laufenden Reformbedarf“. Im Kapitel über „Soziale Sicherheit“ heißt es: „Veränderungen sind notwendig, wenn sich die Verhältnisse ändern, wenn die Lebenserwartung steigt, und damit die Zahl der älteren Menschen im Verhältnis zu den aktiv Erwerbstätigen, wenn die Ausbildung länger dauert, die Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsjahre geringer wird und damit auf ein Beitragsjahr immer mehr Pensionsjahre entfallen.“ Im Bemühen um „solidarische Lösungen“ dürften junge und ältere Menschen mit ihren jeweils berechtigten Anliegen aber nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Für den kirchlichen Bereich betont das Sozialwort die „Option für die Armen“ im Sinne einer Anwaltschaft zu Gunsten der Benachteiligten.

(Bei Meldungen aus der internationalen Oekumene wurden in Ergänzung zu eigenen Recherchen Agenturmeldungen von ENI ausgewertet, außerdem die Pressedienste von OeRK, LWI, RWF und CEC.)

Lutheraner: Kein Verkauf von Kirchen an Moscheevereine

Theologische und juristische Leitlinien zur Umnutzung von Kirchen

Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD) hat theologische und juristische Leitlinien zur Umnutzung von Kirchen herausgegeben. Aus reformatorischer Sicht würden Kirchengebäude zwar „nicht als heilige Räume“ beschrieben, doch seien sie von ihrer Nutzung und ihrer Ausstrahlung her klar definiert: Sie dienten dem Gottesdienst und dem Zeugnis der christlichen Botschaft, heißt es in einem 15-seitigen Papier, das der Theologische Ausschuss der VELKD und des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB) im Auftrag der Bischofskonferenz der VELKD erstellt hat. Kirchengebäude seien somit über das jeweilige Zusammenkommen der Gläubigen hinaus „sichtbares dauerhaftes Zeichen der Hinwendung Gottes zu den Menschen, die dann je in Wortverkündigung und Sakramentsfeier konkret erfahrbar wird“.

Statt Verfall bzw. Abriss des Kirchengebäudes empfiehlt das Dokument möglichst eine kirchliche Nutzung. Angesichts der zahlenmäßig kleineren Gemeinden seien kirchliche Mehrfachnutzungen der meist zu großen Kirchen anzustreben. Neben dem Gottesdienstraum könnten Gemeinderäume, aber auch kirchliche Büroräume oder etwa Wohnungen für kirchliche MitarbeiterInnen eingebaut werden. Im städtischen Bereich müsse nicht jede der zahlreichen Kirchen für den Gottesdienst genutzt werden. Konzepte von City-Kirchen, Konzert- oder Ausstellungskirchen in kirchlicher Trägerschaft seien zu entwickeln.

Für eine notwendig gewordene Fremdnutzung von Kirchenräumen gelte es, den Bezug zu kirchlichen oder wenigstens kirchennahen Arbeitsfeldern herzustellen. Dieser sei etwa mit der Vermietung an Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie Suppenküchen gegeben. Bei einer – wenn auch kirchennahen – Fremdnutzung sei eine Entwidmung des Kirchengebäudes vorzunehmen.

Eine Fremdnutzung auf Grund von Miet- oder Pachtverträgen biete der Kirche eine effektive Möglichkeit, als Eigentümerin entsprechende Nutzungsbeschränkungen durchzusetzen. „Wenn keine sinnvollen Nutzungsformen möglich sind, ist ein Abriss besser als ein langsamer und stetiger Verfall“, heißt es in diesen Leitlinien. Verfallende Kirchen könnten als Gestalt gewordene Manifestation des inneren Verfalls der Kirche fehlgedeutet werden.

Wenn ein Verkauf unvermeidlich sei, so wird als beste Lösung die Abgabe an eine Gemeinde einer christlichen Kirche gesehen. Problematisch sei die Möglichkeit eines Verkaufs an nichtkirchliche und nichtchristliche Nutzer.

Der Verkauf von Kirchen an nichtchristliche religiöse Gemeinschaften führe zu einer Diffusion in der öffentlichen Wahrnehmung: „Der äußere Symbolwert ist noch mit der christlichen Kirche verbunden, im Inneren wird aber ein anderer Gott verehrt.“

Wörtlich heißt es in dem Papier: „Nutzungen, die dem Symbolwert des Kirchengebäudes offen widersprechen, sind auszuschließen.“ Der Verkauf von Kirchengebäuden etwa an Moscheevereine wird ausdrücklich abgelehnt.

Hinweis: Der Text der Publikation „Was ist zu bedenken, wenn eine Kirche nicht mehr als Kirche genutzt wird?“ steht im Internet zur Verfügung unter: www.velkd.de

Aus NETZEN und GRUPPEN

Mittelrhein

Ein Netz wird größer oder: Charta Oecumenica – vor Ort

Die erste Oekumenische Partnerschaftsvereinbarung innerhalb der Erzdiözese Köln und der Evangelischen Landeskirche im Rheinland wurde im März 1999 beschlossen. Das war beim jährlichen Oekumenischen Netztreffen in Köln-Neubrück. Ziel dieser Vereinbarung ist die Zukunftssicherung der örtlichen Oekumenearbeit. Seither sind zehn solcher Partnerschaftsvereinbarungen entstanden.

Auf dem Oekumenischen Kirchentag in Berlin (2003) war auf der Agora der Sachausschuss Oekumene des Diözesanrates Köln mit einem Stand „Wir haben uns getraut“ vertreten, gestaltet und besetzt mit evangelischen und katholischen Christinnen und Christen aus Partnerschaftsgemeinden.

Die spirituellen Angebote beim Kirchentag fanden herausragendes Interesse, berichtet Erhard Dischler. Gemeinsames Beten und Singen, anregende Vorträge und (Podiums-) Diskussionen zu den brennenden Fragen unserer Zeit, bewegende Glaubenszeugnisse und wegweisende Worte stärkten unseren Glauben an das Wirken des Heiligen Geistes. Unsere Hoffnung – trotz mancher Irritationen – lässt uns gefestigt den oft holprigen, aber als richtig und notwendig erkannten Weg im Bemühen um Frieden, Gerechtigkeit und nachhaltige Gestaltung der Mitwelt weitergehen: oekumenisch, also in der Einheit der Verschiedenheit. Die Liebe zu den Armen und Schwachen zeigte sich in vielgestaltigen Aktionen und Projekten auf der „Agora“, beim Besuch der einladenden Gemeinden Berlins, bei der lautstarken Erlassjahr-Demo, bei der Friedensdemo von Pax Christi.

Von weiteren herausragenden Ereignissen aus dem Netz lässt sich berichten: Am 1. September 2003 wurde der Aachener Friedenspreis an die Initiative Ordensleute für den Frieden, in dem auch Netzmitglieder aktiv sind sowie der israelische Friedensaktivist Reuven Moskovitz (Holocaust-Überlebender, 74) und die Palästinenserin mit israelischem Pass, Nabila Espanioly (48), verliehen.

Vom 7. bis 9. September 2003 fand in Aachen das Friedenstreffen der Religionen statt, zum ersten Mal in Deutschland. Eingeladen hatten dazu der Bischof von Aachen, Heinrich Mussinghoff, und die Gemein-

schaft von Sant'Egidio. Diese hat das Erbe der Begegnung von Assisi 1986, die Papst Johannes Paul II. initiiert hatte, aufgegriffen und seitdem jedes Jahr die Internationalen Begegnungen für den Frieden organisiert, jeweils in einer anderen Stadt Europas.

Zuletzt traf sich das Oekumenische Netz im November im Oekumenischen Zentrum Ratingen-West zum Thema „Neue Weltordnung – Europas Beitrag zum Frieden".

Im März 2004 soll in Essen die Regionalkonferenz zum oekumenischen Prozess mit dem Thema „Wirtschaft(en) für das Leben" stattfinden. Das nächste Netztreffen (in Krefeld) wird sich mit der „Charta Oecumenica" beschäftigen.

Oekumenisches Netz Mittelrhein, c/o Erhard Dischler
Immermannstr. 7, 41516 Grevenbroich
Tel.: 0 21 82 / 25 90, Fax: 27 45

▶ Friedensapell

Im Aachener Friedensapell heißt es u.a.:

„Der Dialog führt zum Frieden. Er ist eine Kunst, die uns herausreißt aus einem kurzsichtigen Pessimismus, demzufolge man angeblich nicht miteinander leben kann und erlittenes Unrecht für immer zum Hass verurteilt. Der Dialog ist der Weg, der die Welt vom Krieg befreien kann.

Wir haben neu entdeckt, dass wir auf den Dialog stolz sein können. Der Dialog ist eine Kunst, die es zu pflegen gilt, für die Religionen, die Kulturen und die Mächtigen der Welt. Für den Dialog entscheiden sich nicht die Ängstlichen, die, die Angst zu kämpfen haben. Der Dialog nimmt keinem etwas von seiner Identität. Er bewirkt, dass alle Männer und Frauen das Beste im anderen entdecken und stärker im Guten verwurzelt sind, das in ihnen ist. Der Dialog ist eine Medizin, die Wunden heilt. Er macht uns offen für das einzig mögliche Schicksal der Völker und Religionen – auf dieser Erde zusammenzuleben, die es zu schützen gilt und die wir den nachfolgenden Generationen lebenswerter als heute hinterlassen müssen.

Allen, die den Kampf der Kulturen für unvermeidbar halten, sagen wir: Macht euch frei von dem bedrückenden Pessimismus, der eine Welt voll Mauern und Feinden schafft, in der man nicht in Sicherheit und Frieden leben kann! Die Kunst des Dialogs entzieht mit der Zeit der Logik des Terrors jede Grundlage, sie entzieht der Ungerechtigkeit, die Ressentiments und Gewalt verursacht, den Boden.

Allen, die meinen, im Namen Gottes hassen und Krieg führen zu können, das Leben anderer zu demütigen und auslöschen zu können, sagen wir: Der Name Gottes ist Frieden. Niemals können die Religionen Hass und Gewalt rechtfertigen.

Der Fundamentalismus ist die Kinderkrankheit aller Religionen und Kulturen. Er führt dazu, dass Menschen in Feindbildern gefangen sind.

Zu denen, die immer noch töten, Terrorismus säen und im Namen Gottes Krieg führen, sagen wir noch einmal: ‚Haltet ein! Tötet nicht! Die Gewalt ist eine Niederlage für alle! Lasst uns miteinander sprechen, und Gott wird uns erleuchten.'"

Aachen, 9. September 2003

▶ Berlin-Brandenburg

Oekumene-Preis 2004

Der Oekumenische Rat Berlin-Brandenburg (OeRBB) organisiert – zusammen mit der ACK Deutschland und dem Internationalen Konvent fremdsprachiger christlicher Gemeinden Berlin – den bundesweiten zentralen Oekumenischen Gottesdienst zur Eröffnung der Gebetswoche für die Einheit der Christen. Dieser Gottesdienst wird am 24. Januar 2004 in der St. Hedwigs-Kathedrale in Berlin Mitte stattfinden (Beginn: 17.00 Uhr). Während des anschließenden Empfangs wird (u.a.) der Berlin-Brandenburgische Oekumene-Preis 2004 verliehen.

Die Ratsleitung des OeRBB hat den Gemeinden ihrer Mitgliedskirchen empfohlen eine „Nacht der Offenen Kirchen" (NOK) zu Pfingsten 2004 anzubieten. Bereits in den Jahren 2000–2002 hatten zahlreiche Kirchen durch ihre vielfältigen, kreativen Angebote im Rahmen der NOK eine gute Resonanz erfahren dürfen. Im zurückliegenden Jahr, fiel die NOK zugunsten des Oekumenischen Kirchentags ausnahmsweise aus.

Der OeRBB freut sich zudem darüber, das 2004 wieder mal ein Jahr sein wird, in dem die orthodoxen und westlichen Kirchen das Osterfest am selben Datum feiern werden. Das soll auch gemeinsam getan werden.

Steve Smith, Oekumenischer Mitarbeiter beim OeRB
Gierkeplatz 2–4, 10585 Berlin, Tel.: 0 30 / 3 42 10 00

▶ Bayern

„Die Wahrheit wird euch frei machen"

Es ist ein schwieriger Prozess, der Wahrheit ins Auge zu schauen.

Die Jahresversammlung des Oekumenischen Netzes Bayern im Benediktinerkloster Plankstetten Ende September 2003 war wirklich eine Veranstaltung eines „inneren Zirkels" – knapp zwei Dutzend Interessenten waren gekommen. Also musste die Frage nach der Berechtigung einer Basisbewegung ohne Basis gestellt werden, wie im letzten Informationsdienst angekündigt. Die Analyse fiel zwar „nüchtern" aus: Ob aber radikale Analytiker damit zufrieden gewesen wären? Es schälte sich dreierlei heraus:

1. Ein „Netz" soll vor allem verknüpfen, nicht unbedingt nur „auffangen".

2. Der Informationsaustausch auf elektronischem Wege ist genauso wichtig ist wie der persönliche, und ein regelmäßig erscheinendes „NETZ-Info" verbindet viele Menschen und auch Institutionen auf dem gemeinsamen Weg für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

3. Die nächste Jahresversammlung wird auf einen halben und einen ganzen Tag verkürzt.

Bei der Jahresversammlung hatten die Teilnehmer einen Nachmittag lang Gelegenheit bei der Besichtigung des ökologischen Betriebs des Klosters, dem „Staudenhof", sich einerseits an ökologisch korrektem Wirtschaften zu freuen, angefangen von der Viehhaltung bis zur Lagerung von Kartoffeln. Gleichzeitig aber wurde ganz deutlich, dass auch ökologische Landwirtschaft eingebunden ist in den allgemeinen Wirtschaftsbetrieb, denn das Kloster hat ein ganzes Netz von ökologisch wirtschaftenden bäuerlichen Betrieben aufgebaut. Doch Produkte dieses Wirtschaftens, ob Fleisch oder Obst müssen auch Abnehmer finden. Da zeigte sich, dass die allgemeine Verunsicherung, was die Zukunft bringen wird, dazu führte, dass die Verbraucher sehr genau zu rechnen anfingen. Als Folge der um sich greifenden Ängstlichkeit ging der Absatz drastisch zurück. Damit sind viele Landwirtschaftsbetriebe in ihrer Existenz gefährdet. „Die Lehr' aus der Geschicht" für umweltgerechtes Handeln: Ökologie ist zwar gut, muss aber eingebunden sein in allgemein wirtschaftlich verantwortbares Handeln. Maximalforderungen klingen zwar gut, aber schaffen noch keine Existenzgrundlage.

Tröstlich aber war in Plankstetten der Blick auf die Umgebung. Das Kloster liegt oberhalb des Main-Donau-Kanals, dessen Umgebung nach seiner Fertigstellung 1992 eher einer Wüstenei glich. 2003 aber ist die Wasserstraße eingebettet in eine Wiesen- und Buschlandschaft mit Wanderwegen am Wasser, die an Anmut und Artenvielfalt von Flora und Fauna ihresgleichen suchen kann. Mit Hilfe vernünftiger Renaturierung hat sich eine Umwelt aufgebaut, der man den radikalen Eingriff nicht mehr ansieht. Mensch und Natur müssen kein Gegensatz sein.

Auf einer ganz anderen Ebene entwickelt sich im Augenblick die Brisanz des Bibelspruchs, „die Wahrheit wird euch frei machen".

„Sicherheitskonferenz“ und „Friedenskonferenz“ in München

Wie jedes Jahr wird am ersten Februarwochenende 2004 in München die „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit“, die ehemalige „Wehrkundetagung“, im Volksmund „Sicherheitskonferenz“ genannt, stattfinden. Und wie schon 2003 setzt ein Bündnis aus Nichtregierungsorganisationen und christlichen Gruppen auf dem Konziliaren Weg – das OeNB ist natürlich dabei – eine „Friedenskonferenz“ mit international anerkannten Friedensarbeitern wie Uri Avnery dagegen. Sie wird wiederum in Analyse der Gegenwart versuchen, Wege der Verständigung und des Friedens jenseits militärischen Machtgehabes aufzuzeigen. Unsere Friedenskonferenz im Februar 2003, die bis zu 1000 Teilnehmer anzog, machte offensichtlich Eindruck. Denn gleich bei der ersten Pressekonferenz der „Sicherheitskonferenz 2004“ am 15. Dezember 2003 propagierten deren Veranstalter plötzlich auch ihrerseits den Friedensgedanken und meinten, dass sie die „eigentliche Friedenskonferenz“ ausrichteten. Doch ohne Umkehr bliebe dies ein bloßer Etikettenschwindel: Von der „Wehrkundetagung“ über die „Sicherheitskonferenz“ zur „eigentlichen Friedenskonferenz.

Wir haben den drohenden Gebärden der „Wehrkundler“ die so ganz entgegengesetzte Friedensbotschaft des Evangeliums Christi gegenübergestellt. Nun hoffen wir auf die Verheißung „Die Wahrheit wird euch frei machen!“ – auch wenn es eventuell etwas länger bis zur rechten Einsicht dauern sollte.

Gudrun Schneeweiß, Untere Dorfstr. 36 c
82269 Geltendorf

Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg!

Internationale und öffentliche Gegenveranstaltung zur „Sicherheitskonferenz“ in München vom **5.–8. Februar 2004.**

Koordinationsbüro des Trägerkreises
c/o DFG-VK Bayern, Alte Allee 48, 81245 München
Tel.: 089/896234 46; Fax: 8341518
muenchen@dfg-vk.de
Aktuelle Informationen unter:
www.dfg-vk.de/sicherheitskonferenz

▶ Württemberg

Teufelskreis verlassen, Globalisierung gestalten

Was sind Aufgaben und Auswirkungen der Bretton-Woods-Institutionen, der WTO, GATS, Schuldenerlass, G 7? Diese und andere Begriffe des Themenbereiches Globalisierung wurde auf der Jahrestagung des OeNW am 8./9. November 2003 in Kirchheim/Teck in Erinnerung gerufen, bewertet, vertieft, diskutiert. Die Moderation in Form eines Wettspiels konnte zu Beginn der Tagung alle 20 Teilnehmer lebhaft ins Gespräch bringen, sowohl diejenigen mit viel Vorwissen als auch die mit wenig, ohne sie zu blamieren.

Dies war Auftakt und Grundlage für die Auseinandersetzung mit der Liberalisierung des Welthandels am Beispiel der Wasserversorgung. Auch die spezielle Frage des Cross-Border-Leasing konnte der Referent der Wasserkampagne von Brot für die Welt beantworten sowie Erfahrung von privatisierten Wassernetzen einbringen. Beide Themen waren in der Kirchheimer Zeitung angekündigt und hatten einzelne Interessierte aus der Stadt angezogen. Besonders zum Vortrag von Brot für die Welt kamen etwa am Sonntag Nachmittag Gemeindemitglieder und Kirchenleute, die an dem anschließenden Dekade-Eröffnungsgottesdienstes der ACK Baden-Württemberg teilnehmen wollten, die das Thema hatte: Teufelskreise durchbrechen. Pausengespräche und Begegnungen waren somit in gewisser Weise ein geselliger Auftakt des ACK-Gottesdienstes. Das Thema des Vortrags wurde in einem ausführlichen Artikel sowohl in der Kirchheimer als auch in der Esslinger Lokalzeitung noch einmal aufgenommen.

Durch ein ausführliches Grußwort des ACK-Vorsitzenden, Einladung zu Vorbereitungsgesprächen und die Mitgestaltung des Gottesdienstes hat die Jahrestagung die Beziehung zwischen OeNW und ACK intensiviert. Die Martinskirche war ein festlicher Rahmen für den Abschluss der OeNW-Tagung, besonders, weil wenige Stunden zuvor der lebhafte Stadtführer eine Beziehung und Verständnis für sie hergestellt hatte.

Durch die intensive Vorarbeit mit Kirchheimern mit Briefen und drei Besuchen wurde eine gute Verbindung zur Zukunftswerkstatt in Kirchheim aufgebaut. Durch sie und ihre Freunde hat sich der Teilnehmerkern der Tagung dreimal erweitert: zum „Training der Globalisierungsbegriffe“, zum Vortrag „Globalisierung am Beispiel des Wassers“ und am Abend der Begegnung mit der Kirchheimer Zukunftswerkstatt. Dort haben die Kirchheimer Gruppen, die sich seit 15 Jahren zu aktuellen Themen treffen, ihre Arbeit vorgestellt: ai, Asylkreis, Versöhnungsbund, ACK Kirchheim, pax christi, Frauenhaus, Weltladen. OeNW-Mitglieder erkannten in den Berichten ihre eigenen Erfahrungen wieder: Kooperation mit der lokalen Agenda und den beiden Kirchen sind hier fruchtbar geworden. Aus Anlass des Irak-Krieges hatten sie ein aktuelles Bündnis geschlossen, zu dem auch zwei türkische Gruppen gehörten. Nachfragen und Anmerkungen der OeNW-Mitglieder bestärkten die gemeinsamen Anliegen. Die Weinkostprobe aus dem Weltladen und die gemeinsamen einfachen Mahlzeiten schufen Raum für vertiefende Gespräche. Die Ernsthaftigkeit an Themen der Verantwortung für die Gesellschaft und das Interesse aneinander haben herzliche Begegnungen ermöglicht, wie wir sie auch hier wieder erlebten. Gemeinsame Anliegen und ein Bedürfnis an inhaltlichem Austausch, doch auch intensive Zuwendung sind die Mischung, die die OeNW-Tagungen für die Teilnehmer so wertvoll machen.

Oekumenisches Netz Württemberg
c/o Johanna Moltmann-Hermann
Riedhöfe 2, 88410 Bad Wurzach, Tel.: 07564/4479
Fax: 936985, oenw.hermann@gmx.de

▶ Westfalen

Soester Druckwerkstatt

Seit 1988 engagiert sich die Evangelische Frauenhilfe in Westfalen e.V. in den Arbeitsfeldern der oekumenischen Dekaden. Aus dieser Schwerpunktsetzung in der Dekade „Kirchen in Solidarität mit den Frauen“ und der von 1990–1998 in der Frauenhilfe angesiedelten westfälischen Dekade-Arbeitsstelle sind Projekte gewachsen, die sich auch in der anschließenden „Dekade zur Überwindung von Gewalt“ fortsetzen.

Ein mit ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen besetzter Dekadeausschuss der Evangelischen Frauenhilfe in Westfalen vernetzt die Aktivitäten in den Kirchenkreisen, entwirft Gottesdienste, plant gemeinsame Projekte und führt sie durch.

Darüber hinaus findet alljährlich in Soest eine „Dekadewerkstatt“ zu einem zentralen Aspekt der Arbeit statt. Beteiligt sind Mitarbeiterinnen des Evangelischen Entwicklungsdienstes, der Evangelischen Frauenhilfe in Westfalen e.V., der Frauenarbeit in den Kirchenkreisen, der westfälischen Arbeitsstelle MÖWe (Mission, Oekumene und kirchliche Weltverantwortung) und der Vereinten Evangelischen Mission. In Anlehnung an das westfälische Schwerpunktthema der Jahre 2003 und 2004 arbeiten Frauen in der Werkstatt vom **23.–24. Januar 2004** an „Weiberwirtschaften II: Feministische Kritik wirtschaftlicher Globalisierung“.

Frauen sind weltweit von den Folgen der Globalisierung betroffen. Um wirksame Strategien des Handelns zu entwickeln, sind Kenntnisse der Mechanismen wirtschaftlicher Globalisierung notwendig. In Referaten und Austausch, in Bibelarbeit und Arbeitsgruppen erhalten die Teilnehmerinnen die Möglichkeit zu vertiefender Information und eigener Verortung. Als Referentinnen eingeladen sind Lioba Diez, Dipl.-Volkswirtin und Mitglied des Attac-Rates, und Judith Bukambo, stellvertretende Koordinatorin von HUYAWA, einem Projekt, das Aids-Waisen in Tansania betreut.

Information und Anmeldung: Ev. Frauenhilfe in Westfalen e.V., Angela Kehlbreier, Tel.: 02921/371204

Aus Gruppen und *Bewegungen*

Werkstatt Ökonomie

„Oekumene und Ökonomie: Rechte statt Visionen?“

In den letzten Jahren ist ein weltweiter Konsens darüber entstanden, dass der Kern der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (WSK-Rechte) Teil des Völkergewohnheitsrechtes ist. Kann ein solcher Rechteansatz Visionen einer anderen Ökonomie neu orientieren, pragmatisch korrigieren oder gar ersetzen? Was folgt daraus für die Gestaltung weltwirtschaftlicher Strukturen? Auf diese Frage fokussiert ein Symposium vom **23.–25. Januar 2004** in der Evangelischen Akademie Arnoldshain aus Anlass des 20. Geburtstages der Werkstatt Oekonomie notwendige oekumenische, juristische, wirtschaftliche und biblisch-theologische Erwägungen.

Vorträge sind während der Tagung vorgesehen über „Die oekumenische Debatte über Wirtschaftsfragen – eine (selbst)kritische Rückschau“ von Dr. Rob van Drimmelen, „Menschenrechte statt Visionen: Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte als Teil des Völkerrechtes“ von Dr. Norman Paech; „Menschenrechte und Armutsbekämpfung: Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte in ihrer entwicklungspolitischen Bedeutung“ von Prof. Dr. Franz Nuscheler; „Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte in biblischer Sicht – oder: Anstöße des biblischen Wirtschafts- und Sozialrechtes für eine Neuausrichtung des ökumenischen Diskurses über Ökonomie?“ von Prof. Dr. Frank Crüsemann.

Anmeldungen über die Evangelische Akademie Arnoldshain, 61389 Schmitten, Tel: 0 60 84/9 44-0 Fax: 9 44-138, office@evangelische-akademie.de

Christen für gerechte Wirtschaftsordnung

Wirtschaft – Macht – Europa?

Die Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW) e.V. und die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO D) e.V. laden ein zur Wochenendtagung „Wirtschaft – Macht – Europa?“ im Karmelitenkloster Birkenwerder vom **20.–23. Mai 2004,** u.a. mit folgenden Vorträgen: „Die europapolitischen Gedanken des Kreisauer Kreises“ (Jan Kubista), „Europa in guter Verfassung?“ (Prof. Dr. Roland Geitmann), „Europäische Währung bewährt? (Eckhard Behrens), „Ökologische Steuern in Europa“ (Kai Schlegelmilch), „Kairos Europa – Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens“ (Martin Gück). Tagungsgebühr: 30,– €, ermäßigt 10,– €.

Anmeldung: Werner Onken, Steenkamp 7 26316 Varel, Tel.: 0 44 51/8 57 14 od. 95 64 80 redaktion-onken@web.de

Pax Christi

pax christi
INTERNATIONALE KATHOLISCHE FRIEDENSBEWEGUNG

Es fehlt die Frage nach der gesellschaftlichen Solidarität

Zum aktuellen Sozialwort der Deutschen Bischöfe

Die Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz hat eine Erklärung mit dem Titel: „Das Soziale neu denken. Für eine langfristig angelegte Reformpolitik“ veröffentlicht. Pax Christi begrüßt es, dass die katholischen Bischöfe mit diesem „Impulstext“ zur Zukunft des Sozialstaats Stellung genommen haben.

Die Bischöfe kommen damit ihrer Verantwortung für die Sorgen und Nöte der Menschen in Deutschland nach. Indem das Sozialwort die Menschen und „insbesondere die Ausgeschlossenen“ in den Mittelpunkt der Debatte rückt, setzt die Stellungnahme einen wichtigen Kontrapunkt zu den von neoliberalen Wirtschaftsstrategien bestimmten Konzepten zum Umbau des Sozialstaates.

Das Papier will das Gemeinsame Wort der beiden Kirchen von 1997 „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ fortschreiben. Bedauerlich ist, dass diese Fortschreibung nicht gemeinsam mit der Evangelischen Kirche in Deutschland vorgenommen wurde.

Das Wort plädiert für sozialen Ausgleich, die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse für die Menschen und eine solidarische Finanzierung der Sozialversicherungen. Leider bleibt es bei der Entfaltung konkreter Akzente in den Denkmustern hängen, die politisches Handeln mehr und mehr der Logik und Funktionsweise des Marktes unterordnen. Dabei wäre es gerade die Aufgabe der Kirchen, in einer die Marktlogik weitgehend verinnerlichenden Gesellschaft Solidarität neu zu begründen: Warum solidarisch sein? – diese Frage steht auf der Tagesordnung.

Wiederholt wird in dem „Impulstext“ ein Wechsel von „Verteilungsgerechtigkeit“ hin zu mehr „Chancen- und Beteiligungsgerechtigkeit“ angesprochen – Begriffe, die einen unsolidarischen Konkurrenzkampf um ungleiche Lebensstandards beinhalten. Die Kritik an der Engführung der Debatte auf Verteilungspolitik übersieht, wie und wohin in den letzten Jahren umverteilt wurde. Die Entwicklung von Reichtum und Armut im Lande zeigt, wer aus der Verantwortung, aus der Haftung für das Gemeinwohl ausgespart wurde und wer übrig bleibt mit allen Pflichten und Lasten – und, so ist zu befürchten, verminderten Rechten. „Wenige werden immer reicher auf Kosten der Armen, die immer ärmer werden“ (Papst Johannes Paul II).

Mit der Verwendung des Reizwortes „Anspruchsdenken“ gerät das Sozialwort in Gefahr, sich ungeprüft eine der schlimmsten verbalen Waffen im aktuellen Verteilungskampf zu eigen zu machen. Denn es zielt über die so genannten „Sozialleistungen“ hinaus generell auf den rechtlichen und moralischen Anspruch der Menschen auf Lebens- und Arbeitsbedingungen in Würde, den Kern der katholischen Soziallehre. ...

Die Existenz einer ausreichenden sozialen Sicherung durch (partielle) Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums schwächt nicht die Kräfte der Eigenverantwortung und die Solidarität; vielmehr führt erst die Realisierung sozialer Grundrechte und eines soziokulturellen Existenzminimums dazu, Freiheits- und Mitbestimmungsrechte wahrnehmen und sich für das Gemeinwohl einsetzen zu können. Wer Eigenverantwortung fordert, muss die Menschen erst einmal dazu befähigen, damit diese Forderung Sinn machen soll.

Sozialstaatlichkeit kann nur im Kontext der Frage gerechter Verteilung der Ressourcen behandelt werden und muss deshalb Faktoren wie Steuerbelastung oder Steuerflucht berücksichtigen. Soziale Gerechtigkeit verlangt nach Investitionen in Frieden und steht im Kontrast zu Rüstung und Rüstungsexporten. Der gesamtwirtschaftliche Kontext, unter dem die Reform und damit auch die Finanzierung sozialer Sicherung zu beurteilen ist, heißt auch: unproduktive Staatsausgaben z.B. für Rüstung, für Militäreinsätze, die nicht der Sicherheit der Bevölkerung dienen, Steuerhinterziehung, Kapitalflucht, Produktionsverlagerungen im Zuge von Globalisierung usw.

Das Sozialwort weist mit seinen grundsätzlichen Orientierungen in die richtige Richtung, versteht es aber nicht, diese in eine konkrete Agenda für die Sicherung des Sozialstaates umzusetzen.

Pax Christi engagiert sich in Ramstein

Am Internationalen Aktionstag, dem **20. März 2004,** dem Jahrestag des Beginns des Irakkriegs, wird Pax Christi Deutschland in einem breiten Bündnis, koordiniert von den Ärzten der IPPNW, vor der US-Air-Base in Ramstein für die Abschaffung aller, auch der US-Atomwaffen demonstrieren.

Pax Christi, Feststr. 9, 61118 Bad Vilbel

Attac zum Verfassungsentwurf: „Kein Europa der Konzerne und Generäle“

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac hat Kritik am Entwurf für die EU-Verfassung geübt. Trotz positiver Aspekte wie der gemeinsamen Grundrechte-Charta schreibe der vorliegende Text eine neoliberale Politik fest, zwinge die Mitgliedstaaten zur permanenten Aufrüstung und verringere die Transparenz in der Handelspolitik, kritisierte Anne Karrass von der Attac-EU-AG. „Statt mit kleinlichem Gezänk über interne Machtverteilung und Gottesbezug sollten sich die Regierungschefs lieber mit diesen falschen Weichenstellungen beschäftigen. Wir wollen ein soziales Europa, kein Europa der Konzerne und Generäle.“

Besonders wichtig ist es nach Ansicht von Attac, die Fehler des gescheiterten Stabilitätspakts nicht in der Verfassung festzuschreiben. Unbefriedigend seien die Regelungen zur Handelspolitik. Hier werde die Macht der EU-Kommission ausgeweitet, während der Einfluss nationaler Parlamente und der Bevölkerung weiter beschnitten werde. Attac-Sprecherin Karrass: „Die Erfahrungen mit den EU-Forderungen etwa beim Dienstleistungsabkommen GATS haben gezeigt, dass wir nicht weniger Transparenz und Demokratie brauchen, sondern mehr.“

Auf Kritik von Attac stößt die Verpflichtung der EU-Mitgliedstaaten zur permanenten Aufrüstung, die in Artikel I-40, Absatz 3 festgeschrieben ist; sie soll überwacht werden durch ein neues „Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“, das von keinem Parlament ausreichend kontrolliert wird. Karrass: „Diese Stärkung des militärisch-industriellen Komplexes muss verhindert werden.“

Ausführliche Informationen zur EU-Verfassung mit Kritik und Alternativen im 36-seitigen Newsletter der Attac-EU-AG unter:
www.attac.de/eu-ag/bilder/newsletter_04.pdf
Attac Deutschland, Münchener Str. 48
60329 Frankfurt, Tel.: 0 69 / 90 02 81-10, Fax: -99
info@attac.de, www.attac.de

Neue Bündniskampagne: Gerechtigkeit Jetzt!

Im Juni 2002 versammelten sich vor dem britischen Parlament in London über 12 000 Menschen, um ihren Parlamentsabgeordneten Schlüsselforderungen zu mehr Gerechtigkeit im Welthandel vorzutragen. Organisiert wurde diese Aktion vom „Trade Justice Movement“ (Bewegung für Gerechtigkeit im Welthandel), einem Bündnis von über 50 Entwicklungs- und Umweltorganisationen. Solche breiten Bündnisse für mehr Gerechtigkeit im Welthandel entstehen auch in anderen Ländern, z. B. in Irland, Schweden, in der Schweiz und jetzt auch in Deutschland. Brot für die Welt, Misereor, Germanwatch, der Evangelische Entwicklungsdienst, WEED, FIAN, die BUNDjugend und das Forum Umwelt und Entwicklung haben die Initiative ergriffen, eine Bewegung für mehr Gerechtigkeit im Welthandel auch in Deutschland aufzubauen. Dabei zählen die Initiatoren auf die vielen Menschen z. B. im Fairen Handel, in den Kirchen, in den Gewerkschaften und in globalisierungskritischen Gruppen, die sich schon lange für mehr Gerechtigkeit im Welthandel einsetzen.

Gerechtigkeit Jetzt! – Die Welthandelskampagne
Am Michaelshof 8-1, 53177 Bonn, Tel.: 02 28 / 36 81 01
Fax: 9 23 99 35, info@gerechtigkeit-jetzt.de

Eine andere Welt ist möglich – eine andere Welt ist verheißen

Agenda 21 und kirchliche Einrichtungen

Seit kurzem finden Kirchengemeinden und diakonische Einrichtungen im Internet unter www.ked-nordelbien.de/agenda21 zu den Stichworten Theologie, Einkaufen, Energie, Mobilität, Textilien, Geldanlagen, Beschaffung, Gebäude einführende Bemerkungen, Beispiele und viele Links, wo Beratung und Informationen insbesondere in Hamburg und Schleswig-Holstein zu einem Agenda-21-gemäßen Verhalten angeboten werden. Diese Homepage wurde im Auftrag des Ausschusses für Kirchliche Weltdienste der Nordelbischen Kirche (NEK) in einer Kooperation aus Nordelbischen Missionszentrum, Umweltbeauftragten der NEK und Oekumenebeauftragten der NEK erstellt.

Info: Nordelbisches Zentrum für Weltmission und Kirchlichen Weltdienst, Jan Christensen
Tel.: 040/88181331 oder: 01 70 / 2 43 33 85
j.christensen@nmz-mission.de, www.nmz-mission.de

Basis für eine Kultur der Nachhaltigkeit

Zu einer kooperativen Fachtagung von Stiftung Oekumene, Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie und Bund für Umwelt und Naturschutz unter der Fragestellung „Was tragen ethisch motivierte Gruppen und Initiativen zur Förderung der Nachhaltigkeit in der Gesellschaft bei?“ lädt das Projektbüro der Stiftung Oekumene am **6. und 7. Februar 2004** nach Berlin in die Diakonische Akademie ein.

Anmeldung an das Projektbüro der Stiftung Oekumene
Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Ziegelstr. 30, 10117 Berlin
Tel.: 0 30 / 28 30 39 22, Fax: 28 30 39 25
projektbuero@global-denken-lokal-handeln.de

Evangelisch-methodistische Kirche „Dem Frieden verpflichtet“

Die methodistische Kirche will ein Jahr lang eine gemeinsame friedensethische Stellungnahme erarbeiten und dann im Februar 2005 an die Öffentlichkeit treten. Bei diesem Konsultativprozess sind auch die Weggenossen zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung aus anderen Kirchen willkommen. Das Referat für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung der EMK lädt ein zu Beiträgen und Diskussion seiner friedensethischen Thesen „Dem Frieden verpflichtet. Bausteine zu einer aktuellen Friedensethik in einer globalisierten Welt“.

Bezug der Broschüre (22 S.) beim GFS-Sekretariat
Paul Gräsle, Augelbaumstr. 12, 74211 Leingarten
Tel. 0 71 31 / 90 12 21, emk.gfs.graesle@t-online.de
Das Gesamtdokument findet sich im Internet unter www.emk-gfs.de, dort ist zudem ein Diskussionsforum eingerichtet.

Weltgebetstag der Frauen am 5. März 2004

Informiert beten – betend handeln

In unzähligen christlichen Gemeinden in ca. 170 Ländern weltweit wird am ersten Freitag im März alljährlich der Weltgebetstag der Frauen gefeiert. Frauen bereiten den oekumenischen Gottesdienst vor, dem eine Liturgie zugrunde liegt, die jedes Jahr von Frauen eines anderen Landes erarbeitet wird.

Das gemeinsame Gebet fördert die Solidarität und das gegenseitige Lernen von Frauen weltweit. Die Kollekten des Weltgebetstages unterstützen Frauenprojekte, die die Frauen darin bestärken, ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten in ihrem jeweiligen Lebenszusammenhang zu nutzen.

„Im Glauben gestalten Frauen Zukunft“. So lautet das Thema der Gottesdienstordnung, die Frauen aus Panama für das Jahr 2004 vorbereitet haben. In den Weltgebetstagsgottesdiensten am 5. März 2004 werden Frauen weltweit mit den Frauen in Panama verbunden sein.

Katja Jochum, Pfrin., Evangelische Frauenhilfe in Westfalen e.V., Soest

Postvertriebsstück Postvertriebsnummer: D 8871 F

Oekumenische Netze im konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST wird von den unten aufgeführten Netzen unterstützt.

Baden

Oekumenisches Netz Baden
Wolfgang Lenssen, Köndringer Str. 10
D-79331 Teningen-Heimbach
Tel.: 0 76 41 / 57 32 80 (p)
Tel.: 0 76 41 / 4 13 35 (d)

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern
c/o H. H. Willberg
Mühlbachweg 13
D-90559 Burgthann
Tel.: 0 91 83 / 95 00 39

Berlin

Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg
Ökumenisch-Missionarisches Institut
Gierkeplatz 2–4, D-10585 Berlin
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

INKOTA
Greifswalder Str. 33 a, D-10405 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 28 91 11
Fax: 0 30 / 4 28 91 12

Bremen

Oekumenische Initiative Bremen
in forum Kirche
Hollerallee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien
c/o Ekke Fetköter, Porrendeich 6
D-25889 Uelvesbüll
Tel./Fax: 0 48 64 / 7 04

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen
c/o Pfr. Reiner Weiß
Obere Sommerbachstr. 8
D-34225 Baunatal
Tel.: 0 56 01 / 84 35

Niedersachsen

Oekumenisches Netz in Niedersachsen
Gerhild Kramer, Wellerserstr. 14
D-37586 Dassel, Tel.: 0 55 62 / 67 94

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.
Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Friedensdienst der Ev. Kirche der Pfalz
Referat Konziliarer Prozess
Eberhard Dittus
Große Himmelsgasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15 17
Fax: 0 62 32 / 67 15 67

Rheinhessen

Oekumenisches Forum Rheinhessischer Aktionsgruppen
Gossner Mission, Albert-Schweitzer-Str. 113–115
D-55128 Mainz
Tel.: 0 61 31 / 23 20 31

Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück-Westerwald

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1
D-56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31 / 35 41 40
Fax: 0 26 31 / 35 41 41

Rheinland

Oekumenischer Trägerkreis Rheinland
c/o Wiebke Naumann, Zeughausstr. 7
D-53721 Siegburg
Tel.: 0 22 41 / 6 76 01
Fax: 0 22 41 / 95 97 93

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.
Erhard Dischler
Immermannstr. 7, D-41516 Grevenbroich
Tel.: 0 21 82 / 25 90, Fax: 0 21 82 / 27 45

Solidarische Kirche im Rheinland Kirchliche Bruderschaft
c/o Erika Franze-Haugg, Mozartstr. 9
D-45578 Mühlheim a. d. Ruhr
Tel.: 02 08 / 59 30 23

Oekumenisches Forum im Rheinland
Lohstr. 132, D-46047 Oberhausen

Sachsen-Anhalt

Arbeitsstelle Eine Welt
Pfr. J.-H. Witzel, Leibnizstr. 4
39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-4 93
Fax: 03 91 / 53 46-4 90

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen
MÖWe, Thomas Ehrenberg, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-73
Fax: 02 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe
Michael Nelson, Ostberger Str. 26
D-58239 Schwerte, Tel.: 0 23 04 / 1 58 50

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg
Johanna Moltmann-Hermann
Riedhöfe 2, D-88410 Bad Wurzach
Tel./Fax: 0 75 64 / 44 79

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST
c/o GEP • Postfach 50 05 50 • 60394 Frankfurt am Main
http://www.ecunet.de

Fördermitgliedschaft bei der Stiftung Oekumene

Fördermitglieder können Einzelpersonen, Gruppen, Gemeinden oder Pfarrämter werden. Jedes Fördermitglied erhält regelmäßig den OEKUMENISCHEN INFORMATIONSDIENST sowie dessen Sonderdokumentationen. Weitere Materialien werden umsonst oder mit Rabatt angeboten. Über den Förderbeitrag (abzüglich der Gebühr für den Informationsdienst) wird eine abzugsfähige Spendenquittung ausgestellt. Der monatliche Mindestbeitrag liegt bei 5,– Euro.

Stiftung Oekumene
Konto 100 008
BLZ 500 502 01
bei der Frankfurter Sparkasse

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST
Gegründet 1982 – Erscheint vierteljährlich

Herausgeber und Verleger:
Stiftung Oekumene.
Kuratorium: Joachim Garstecki, Werner Gebert, Annette Groth, Paulander Hausmann, Jens Junginger, Paul Löffler, Christa Springe, Edda Stelck, Ulrich Schmitthenner (Vorsitz), Breitscheidstr. 92 70176 Stuttgart.

Redaktion:
Postfach 50 01 13, 60391 Frankfurt/Main

Mitarbeiter:
Pfr. Ulrich Schmitthenner (Gesamtredaktion) Breitscheidstr. 92, 70176 Stuttgart
Tel.: 07 11 / 2 26 56 90, Fax: 07 11 / 2 26 56 93;
Rainer Zimmer-Winkel (Oekumene)
Karl-Marx-Str. 150, 12043 Berlin
Tel.: 0 30 / 68 80 92 36; Dr. Reinhard Voss
Pax Christi, Feststr. 9, 61118 Bad Vilbel

Gestaltung:
Karl H. Thiel, Frankfurt/Main

Bezug:
Einzelheft: 3 Euro pro Exemplar;
im Einzelabonnement: 10 Euro pro Jahr

Bestellungen an:
GEP, Vertrieb, Postfach 50 05 50
D-60394 Frankfurt/Main
Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 826

Hinweis:
Der Oekumenische Informationsdienst erscheint mit freundlicher Förderung der Evangelischen Kirche in Deutschland, EED/ABP.